

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 12.03.2009	Beginn 13:05 Uhr	Ende 18:30 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Flüshöh, Oliver bis TOP A 13
Hannuschka, Lutz
Kampschulte, Matthias
Rant, Siegmар Vertreter für Herrn Rüttershoff
Zeilert, Hans-Jürgen
Hortolani, Frauke Dr.
Philipp, Gerd
Schier, Peter
Stobbe, Jochen
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Siepmann, Ernst Walter
Schwunk, Michael
Kappelhoff, Petra Viola Vertreterin für Herrn Kranz

Ratsmitglied als Vertreter

Nockemann, Frank Vertreter für Herrn Hens

Vorsitzender

Steinrücke, Jürgen Dr.

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

stellv. Vorsitzender

Dresen, Günther

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Berges, Reinhard
Dickhaus, Rolf
Erdmann, Frank
Esser, Meinhard
Fischer, Rudolf
Guthier, Wilfried
Kaltenbach, Rosemarie
Kuss, Jürgen
Lethmate, Egbert
Söhner, Edeltraud

Striebeck, Thomas
Voß, Jürgen

Schriftführer/in
Heringhaus, Petra
Mollenkott, Marion

Abwesend:

Mitglieder
Hens, Bernd
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Kranz, Jürgen

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Herr Dr. Steinrücke gedenkt der Opfer des Amoklaufs von Winnenden. Um der tiefen Betroffenheit Ausdruck zu verleihen, hat der Innenminister Trauerbeflagung angeordnet.

Er bittet, sich zum Gedenken an die unschuldigen Opfer und als Zeichen des Mitgeföhls gegenüber den Verletzten, deren Angehörigen und Freunden zu einer Schweigeminute zu erheben.

Der Bürgermeister schlägt folgende Änderung / Ergänzung der Tagesordnung vor:

Tagesordnungspunkt A 9 (neu)

- Vorlage Nr. 059/2009: Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen vom 11.03.09 „Zweijahresvertrag für den Trägerverein Schwelmebad“

Tagesordnungspunkt A 10 (neu):

- Vorlage Nr. 60/2009: Antrag der Fraktion der FDP vom 11.03.09 „Haushaltsantrag 1“

Tagesordnungspunkt A 11 (neu)

- Vorlage Nr. 61/2009: Antrag der Fraktion der FDP vom 11.03.09 „Haushaltsantrag 2“

Tagesordnungspunkt A 16 (neu):

- Vorlage Nr. 58/2009: Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Verständlichkeit Verordnung“

Die Vorlagen liegen als Tischvorlagen aus. Zusätzlich zu diesen Vorlagen liegen die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten

A 4: Vorlage 046/2009 „Bestellung einer Schriftführerin“

A 6: Vorlage 053/2009 „Konjunkturprogramm II“

A 24: Vorlage 048/2009 „Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung“

als Tischvorlagen aus.

Herr Dr. Steinrücke weist darauf hin, dass er die Beschlüsse zu den Vorlagen, die in den Kurzerläuterungen noch nicht berücksichtigt werden konnten, jeweils bei Beratung der entsprechenden Tagesordnungspunkte nennen werde.

Die aktualisierte Fassung der Tagesordnung liege aus.

Herr Flüshöh schlägt vor, die Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte A 8 und A 9 mit dem Tagesordnungspunkt A 13 abzuhandeln.

Herr Schwunk hält die gemeinsame Beratung der Anträge der Fraktion der FDP mit dem Haushalt für sinnvoll.

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen geändert.

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2009
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 3 Mitteilungen
- 4 Bestellung einer Schriftführerin (Tischvorlage) 046/2009
- 5 Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2009 047/2009
- 6 Konjunkturprogramm II (Tischvorlage) 053/2009
- 7 Sonderprüfungsbericht "Betriebskostensteuerung und -situation in den Schwelmer Bädern" 023/2009
- 7.1 Sonderprüfungsbericht "Betriebskostensteuerung und -situation in den Schwelmer Bädern" Anlagen 023/2009/1
- 8 Antrag der CDU, SWG und BfS-Fraktion Förderung des "Trägerverein Schwelmebad e.V." 044/2009
- 9 Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen vom 11.03.2009 "Zweijahresvertrag für den Trägerverein Schwelmebad" 059/2009
- 10 Antrag der Fraktion der FDP vom 11.03.2009 "Haushaltsantrag 1" 060/2009
- 11 Antrag der Fraktion der FDP vom 11.03.2009 "Haushaltsantrag 2" 061/2009
- 12 Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung, sowie des Haushaltsplanes 2009 einschließlich Änderungslisten 038/2009

13	Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages über das Schwelmebad mit dem Trägerverein Schwelmebad e.V.	045/2009
14	Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und Sicherheit in Schwelm	
14.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und Sicherheit in Schwelm	026/2009
14.2	Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und Sicherheit in Schwelm	026/2009/1
15	Antrag der SWG-Fraktion vom 23.01.2009 - Neufassung der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Schwelm	029/2009
16	Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen "Verständlichkeit Verordnung"	058/2009
17	Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Abwägung der Stellungnahmen nach § 3 (1) BauGB	004/2009
18	Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - Abwägung der Stellungnahmen nach § 4 (1) BauGB - Behördenbeteiligung	005/2009
19	Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg" Abwägung und Beschlussfassung aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	008/2009
20	Bebauungsplan Nr. 84 "Kaiserstraße" - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 und § 13a BauGB - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit § 3 Abs. 1 BauGB - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der	035/2009

Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
gem. § 4 Abs. BauGB

- | | | |
|----|---|----------|
| 21 | Widmung von Gemeindestraßen:
1) Akazienstraße im Abschnitt zwischen den
Grundstücken Nr. 35
und Nr. 56 einschließlich Wendeplatz
2) Fußwegeabschnitte abzweigend vom Wendeplatz der
Akazienstraße:
a. in südwestlicher Richtung zwischen den
Garagenhöfen
b. in östlicher Richtung ab Grundstück Nr. 54 bis
Ausbauende
vor Haus Nr. 52
c. in südlicher Richtung bis Anfang Haus Nr. 34
(Treppenweg) | 030/2009 |
| 22 | Erlass einer Satzung über die Ablösung von Stellplätzen
einschließlich Aufhebung der Stellplatz- und
Ablösesatzung vom 21.08.1998 (1. Nachtrag vom
21.12.2001) | 180/2008 |
| 23 | Ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe von
Verkaufssonntagen | 039/2009 |
| 24 | Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der
Rechnungsprüfung zwischen der Stadt Schwelm und
dem Ennepe-Ruhr-Kreis - Einbringung - (Tischvorlage) | 048/2009 |
| 25 | Fragen des Ausschusses an die Verwaltung | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.01.2009

Die Niederschrift wird ungeändert genehmigt.

Herr Schier weist darauf hin, dass das in den Kurzerläuterungen genannte Abstimmungsergebnis im Hauptausschuss vom 26.02.2009 der Vorlage 029/2009 nicht richtig sei. Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben nicht dagegen gestimmt, sondern sich enthalten.

2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

3 Mitteilungen

Herr Voß weist auf den ausgelegten „Mündlichen Finanzbericht“ hin.

Er teilt mit, dass der Termin der Kommunalwahl auf den 30.08.09 festgelegt und dadurch eine Änderung in der Terminplanung erforderlich werde. Die für den 28.04.09 geplante Sitzung des Wahlausschusses müsse in die Zeit vom 17.07 bis 22.07.09 verlegt werden. Herr Voß schlägt als Termin den 20.07.09 vor und bittet, die Mitglieder und Vertreter des Wahlausschusses entsprechend zu informieren.

4 Bestellung einer Schriftführerin (Tischvorlage) 046/2009

Beschluss:

Frau Edeltraud Söhner wird zur Schriftführerin für den Hauptausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

5 Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2009 047/2009

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2009 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

Herr Voß gibt weitere Erläuterungen zu der Vorlage und der Liste der für 2009 und 2010 geplanten Maßnahmen. Er gehe von einer pauschalen Ausschüttung der Mittel aus, so dass keine Einzelanträge gestellt werden müssten. Restraten könnten noch bis 2011 abgerufen werden.

Bei allen Projekten wurden energetische Komponenten in den Vordergrund gestellt, da diese förderungsfähig seien.

Für diese Maßnahmen können die Ausschreibungen vorbereitet werden, die dann nach Eingang des Bewilligungsbescheides in Angriff genommen werden können.

Auf die Frage des Herrn Stobbe erklärt Herr Voß, dass eine Teilnahme an der Tauschbörse im Bereich Infrastruktur grundsätzlich in Frage komme, allerdings vorrangiges Ziel sei, den Gesamtbetrag für Schwelm zu sichern.

Herr Gießwein spricht die zur Verfügung gestellte Liste der Gebäude mit hohem Energieverbrauch an, die mit den im Konjunkturpaket geplanten Maßnahmen nicht übereinstimme.

Herr Dr. Steinrücke erläutert, dass die Liste zum Konjunkturprogramm II eine Kombination sinnvoller Maßnahmen in den förderungsfähigen Bereichen sei und bei den vorgeschlagenen Projekten die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bereits stattgefunden haben. Energiepässe bei anderen Gebäuden seien kurzfristig nicht mehr erstellbar.

Herrn Schwunk fehlen für die Sanierung der Verwaltungsgebäude 1 und 3 weitere Informationen, da er die Notwendigkeit dieser Maßnahmen nicht nachvollziehen könne.

Herr Dr. Steinrücke erklärt die Gründe für die aus energetischen Gesichtspunkten dringend notwendigen Sanierungen dieser Gebäude. Um die Gelder in diesem Jahr noch abrufen zu können, müssten die Entscheidungen bis Ende März getroffen werden.

Herr Flüshöh konnte die Vorlage in der Fraktion noch nicht beraten, so dass er eine Beschlussfassung im Rat vorschlägt. Da alle Fraktionen noch Beratungsbedarf sehen, wird ein Besprechungstermin für Montag, den 16.03.09, 16 Uhr, im Sitzungssaal vereinbart. Zu diesem Gespräch werde die Verwaltung weitere Informationen vom Gebäudemanagement und den TBS einholen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt beschließt, die in den beigefügten Listen aufgeführten Maßnahmen im Rahmen der aus dem Konjunkturprogramm II zugeteilten Mittel durchzuführen.
2. Für die Durchführung der Maßnahmen zu Ziffer 1 bewilligt der Rat der Stadt außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 2.174.861,43 €, die in voller Höhe aus Mitteln des Konjunkturprogramms II gedeckt werden.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, an der Tauschbörse des Städte- und Gemeindebundes NW teilzunehmen, soweit dies dazu dienlich ist, den Einsatz der Stadt Schwelm insgesamt zugeteilten Mittel in der Stadt Schwelm zu unterstützen.

Die Beschlussfassung wird in den Rat vertagt.

7 Sonderprüfungsbericht "Betriebskostensteuerung und -situation in den Schwelmer Bädern" 023/2009

7.1 Sonderprüfungsbericht "Betriebskostensteuerung und -situation in den Schwelmer Bädern" Anlagen 023/2009/1

Auf Nachfrage des Herrn Gießwein erläutert Herr Rudolf Fischer die Ergänzungsseiten des Berichtes.

Frau Kappelhoff sieht das Zahlenwerk für die Bürger als nicht mehr nachvollziehbar an und würde eine Klarstellung des Kämmerers begrüßen.

Herr Voß erwidert, er könne allerdings nur die Zahlen der Verwaltung interpretieren. Er hält Seite 17 des Berichtes für maßgeblich, da dort beide Systeme (NKF und Kameralistik) vergleichbar dargestellt werden. Unterschiedliche Zahlen lassen sich mit der Gesamtentwicklung z. B. im Energiebereich und den Tarifsteigerungen erklären, was allerdings in Kurzform schwer möglich sei.

Herr Schwunk begründet, warum er aus dem Bericht keine dauerhafte Ersparnis erkennen kann.

Herr Flüshöh kritisiert die Interpretation des Herrn Schwunk und sieht Einsparmöglichkeiten im Energiebereich. Ziel solle ein in 2013 ausgeglichener Haushalt sein.

Nach weiteren Wortbeiträgen versucht Herr Dr. Steinrücke die komplizierte betriebswirtschaftliche Betrachtung vereinfacht darzustellen. Schon die allgemeine Lebenserfahrung zeige, dass 4.500 Schwimmstunden in zwei Objekten teurer seien als die gleiche Stundenzahl in nur einem Objekt.

Nach Diskussion über verschiedene Interpretationen der Zahlen des Berichtes und der in der Vergangenheit genannten Zahlen der Verwaltung erläutert Herr Voß, dass die Grundzahlen der Seiten 16 und 17 des Berichts gleich seien, jedoch Seite 17 die Vergleichbarkeit im Ergebnis herstelle und entsprechende Erläuterungen liefere.

Die seinerzeit angestrebte Ersparnis von 250.000 € basierte auf dem damaligen Kenntnisstand.

Herr Kampschulte erinnert, dass der Bericht auf Antrag der SPD erstellt wurde und im Ergebnis eine Ersparnis zeige. Da diese im HSK 2008 nicht eingerechnet wurde, müsse eine Ergebnisverbesserung vorliegen.

Herr Gießwein bedauert, dass die inhaltlichen Diskussionen nicht im Rechnungsprüfungsausschuss geführt werden konnten.

Der Bericht zeige, dass möglicherweise in der Vergangenheit Einsparpotenziale von der Verwaltung nicht genutzt wurde. Weiter bemängelt er, dass die Fachverwaltung Klimaschäden billigend in Kauf genommen habe und gegen den Verlust von erwärmten Chlorwasser und dem Austritt von Öl ins Grundwasser nichts unternommen habe.

Da die Formulierung im Bericht nicht von einem Eintritt des Öls ins Grundwasser spricht, wird Herr Voß bis zur Ratsitzung eine ergänzende Stellungnahme hierzu anfordern.

Herr Dr. Steinrücke erinnert, dass zu Investitionen in den Bädern seit Jahren keine politische Entscheidung getroffen wurde. Viele Erkenntnisse und genauere Berechnungsmethoden seien erst durch NKF und der intensiven Beschäftigung mit der Bäderfrage entstanden.

Herr Siepmann berichtet, dass sich aus seiner Erfahrung das Freibad in einem altersgerechten guten Zustand befinde und dass z.B. die Erneuerung des Filters mit einem wesentlich geringerem Kostenaufwand erreicht werden konnte. Eine Erneuerung der Beckenfolie sei nach jetzigem Zustand nicht erforderlich. Allerdings müsse die Wärmepumpe ausgetauscht werden.

Herr Schwunk bezieht sich auf Seite 28 des Berichts und möchte über den abzuschließenden Vertrag steuern, dass vom Trägerverein die Vorgaben des Gesundheitsamtes eingehalten werden.

Auf den Einwand des Herrn Stobbe, dass in der Vergangenheit mögliches Einsparpotenzial nicht erschlossen wurde, erläutert Herr Voß, warum im Schulbereich Investitionen dringender waren und keine Gelder mehr im Freibad investiert wurden.

Herr Siepmann stellt klar, dass das Papier des Herrn Lahn dem Trägerverein einen Überblick über den Zustand des Bads verschaffen und nicht Versäumnisse des Fachbereichs 2 aufzeigen sollte.

Herr Stobbe hätte es trotzdem für notwendig erachtet, kleinere Investitionen zur Schadensbegrenzung oder zur Verhinderung weiterer Ausgaben zu tätigen.

Herr Voß erwidert, dass es im Unterhaltungsbereich Ansätze für diese Reparaturen gegeben habe.

Herr Kampschulte führt aus, dass laut Bädergutachten die technischen Einrichtungen der Bäder in einem guten Zustand seien und aufgrund der vorrangigen Investitionen in den Schulen und für den Brandschutz wünschenswerte Ausgaben nicht gemacht werden konnten.

Bezüglich der Legionellenproblematik geht Herr Dr. Steinrücke von einer engen Zusammenarbeit des Trägervereins mit dem Gesundheitsamt aus und wird entsprechende Gespräche einleiten.

Herr Siepmann lässt dieses Thema außerdem von einem Sachverständigen prüfen.

Beschluss:

Der Sonderprüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes „Betriebskostensteuerung und –situation in den Schwelmer Bädern“ vom 04.02.2009 (einschl. Anlagen) wird beraten und zur Kenntnis genommen.

Sitzungsunterbrechung 15.10 Uhr bis 15.25 Uhr

Die Tagesordnungspunkte A 8, A 9 und A 13 werden zusammen beraten.

Beratung und Beschlussfassung erfolgen ohne Frau Dr. Hortolani und Herrn Siepmann.

Herr Dr. Steinrücke erinnert an den Ratsbeschluss vom 30.10.08, wodurch dem Trägerverein für mehrere Jahre Unterstützung zugesagt wurden.

Durch den am Montag eingegangenen Eilantrag der Bürgerinitiative werde die Situation jedoch schwer belastet. Er bittet die Initiatoren dringend, den Antrag zurückzuziehen, um die sinnvolle Entwicklung des eingeleiteten Prozesses nicht zu behindern.

Herr Flühöh dankt Frau Dr. Hortolani, dass sie nicht an der Beratung teilnimmt und begründet den gemeinsamen Antrag. Das Eilverfahren gebe ihm zu denken, da dadurch ein Richter dem Rat vorgeben solle, wie dieser zu entscheiden habe.

Er sehe Gemeinsamkeiten zu dem Antrag der Fraktionen SPD / Bündnis 90/ Die Grünen.

Herr Gießwein stimmt Herrn Flühöh zu, sieht jedoch im Hinblick auf das schwebende Gerichtsverfahren Probleme mit einem 5-Jahresvertrag.

Herr Schwunk hält vor dem Hintergrund, dass 6000 Unterschriften des Bürgerbegehrens vorliegen, die Klage zwar für schwierig aber für verständlich. Er würde es begrüßen, wenn alle Beteiligten eine gemeinsame Lösung finden könnten. Er stimme einer Zuschussgewährung zu, möchte im Vertrag aber geregelt wissen, dass der Badbetrieb sichergestellt werden müsse. Er könne sich auch eine vertragliche Regelung zum Beispiel hinsichtlich des Schulschwimmens vorstellen, um in einem heißen Sommer die Dauer der Öffnungszeiten des Hallenbades zu reduzieren, was weitere Einsparungen bedeuten würde.

Herr Dr. Steinrücke erläutert Herrn Schwunk, dass die unter Punkt 3 Ziffer 4 genannte Nutzungsänderung nicht den Badbetrieb an sich meine, sondern lediglich Veränderungen in baurechtlicher Hinsicht, wie z.B. Umbau des Kiosk, bedeute. Es solle im Übrigen kein Betriebsführungsvertrag geschlossen werden.

Nach weiteren Wortbeiträgen beantragt Herr Schwunk, die Entscheidung wegen des anhängigen Verfahrens in den Rat zu vertagen.

Sitzungsunterbrechung von 16:05 Uhr bis 16:15 Uhr

Herr Flühöh schlägt vor, dass beiden Vertragsparteien bei positivem Ausgang des Bürgerbegehrens die Möglichkeit eingeräumt werde, aus dem Vertrag auszusteigen.

Sitzungsunterbrechung von 16:19 Uhr bis 16:22 Uhr

Herr Gießwein schlägt vor, den Vertrag mit Option der Verlängerung auf 2 Jahre zu begrenzen. Er werde einer Vertagung zustimmen.

Die Fraktionen sind sich einig, Details in einem Gespräch unter Beteiligung der beiden Vereine am Montag, 16.03.09 ab 16.00 Uhr im Sitzungssaal zu besprechen, um eine Einigung zu erzielen.

Die Beschlussfassung wird in den Rat vertagt.

**9 Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen vom 059/2009
11.03.2009 "Zweijahresvertrag für den Trägerverein
Schwelmebad"**

Beratung und Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt A 8

**10 Antrag der Fraktion der FDP vom 11.03.2009 060/2009
"Haushaltsantrag 1"**

Die Tagesordnungspunkte A 10, A 11 und A 12 werden zusammen beraten.

Herr Voß weist zunächst auf die der Sitzungsvorlage 039/2009 beigefügte Anlage 2 hin, die eine Zusammenstellung der unterlassenen Instandhaltungen 2008 und Folgejahre nach dem Stand der 2. Änderungsliste enthält.

Ferner erläutert er, dass eine dritte Änderungsliste erstellt werde, die geänderte Personalkosten enthält. Die Änderung der Personalkosten führt im Finanzplan zu einer Erhöhung um rund 20.000 € und im Ergebnisplan zu einer Erhöhung von rund 500.000 €, hier vornehmlich im Bereich der Rückstellungen (Altersteilzeit, Beihilfen, Einstellungen im Bereich der Feuerwehr).

Haushaltssicherungskonzept und Haushaltsantrag 1 der FDP – Fraktion
(Sitzungsvorlage 060/2009):

Herr Voß erklärt ferner, dass zur Zeit ein HSK erstellt wird und erste Berechnungen einen Ausgleich nicht vor 2015 ergeben haben.

Er führt zum Antrag von Herrn Schwunk zum Haushaltssicherungskonzept (Haushaltsantrag 1) aus, dass aus seiner Sicht 500.000 € jährliche Ersparnis nicht ausreichen, sondern Einsparungen in einer Größenordnung von 1 – 1,5 Mio. € pro Jahr dringend erforderlich sind, um ein genehmigungsfähiges HSK zu erreichen.

Hier müssten ggf. Diskussionen über Standards geführt werden.

Er schlägt vor, die Haushaltspositionen (Produkte) systematisch zu überprüfen, wobei durch die jeweiligen Fachbereichsleiter Konsequenzen aus der Änderung von Haushaltspositionen aufgezeigt werden müssen.

In diesem Zusammenhang verweist er auf den in Kürze in der Endfassung vorliegenden GPA – Bericht. Dieser werde auch Maßnahmen aufzeigen, über deren Umsetzung mit der Politik gesprochen werden müsse.

Dies gelte auch für alle anderen zu erarbeitenden HSK – Maßnahmen (Ausgabensenkung u. Einnahmeerhöhung).

Herr Philipp (SPD – Fraktion) verweist auf den Arbeitskreis Zielfindung, in dem mit der Beratung über HSK – Maßnahmen begonnen wurde.

Herr Flühöh (CDU – Fraktion) erklärt, dass nur gemeinsam mit der Verwaltung ein HSK erstellt werden könne.

Herr Gießwein (Fraktion Grüne) sieht die Konsolidierungssumme von 1,5 Mio. € als nicht erreichbar an. Er begrüßt die Trennung zwischen HSK und Haushalt.

Herr Schwunk (FDP – Fraktion) erläutert den von der FDP – Fraktion gestellten Antrag zum Haushaltssicherungskonzept und verweist auf die von seiner Fraktion im Vorjahr gemachten Vorschläge zum HSK.

Er fordert eine Zusammenstellung von Maßnahmen und die Darstellung des Konsolidierungseffektes seitens der Verwaltung.

Der Rat solle im zweiten Schritt über die Umsetzung einzelner Maßnahmen entscheiden.

Herr Schwunk beabsichtigt, sich mit Herrn Voß über das weitere Vorgehen zum Haushaltsantrag 1 der FDP Fraktion abzustimmen.

Kenn – und Messzahlen/Zielvorgaben:

Herr Gießwein führt an, dass er zur besseren Steuerung umfangreichere Kenn – und Messzahlen, sowie detaillierte Ziele und Zielvorgaben für erforderlich hält.

Er verweist hierzu auf die seines Erachtens ausführlichere Darstellung im Etatentwurf 2009 des Ennepe – Ruhr – Kreises.

Herr Kampschulte und Herr Flüshöh (CDU – Fraktion) erklären, dass es Aufgabe der Politik sei, Ziele vorzugeben und zu steuern.

Herr Schwunk führt an, dass weitere Kenn – und Messzahlen nichts an der Haushaltssituation der Stadt Schwelm ändern.

Haushaltsantrag 2 der FDP – Fraktion (Sitzungsvorlage 061/2009):

Herr Dr. Steinrücke erklärt, dass die Verwaltung zur Zeit drei Fahrzeuge im Einsatz habe. Dies sei das benötigte Mindestmaß.

Zum Einsatz eines durch Werbung finanzierten Fahrzeugs erhebt er grundsätzliche Bedenken im Hinblick auf Korruptionsvorwürfe.

Diese Bedenken werden von Herrn Schier (SPD – Fraktion) geteilt.

Herr Voß ergänzt, dass im Etatentwurf 2009 12.000 € für die Beschaffung eines kleinen Fahrzeugs für den Einsatz im Postdienst vorgesehen sind. Die Finanzierung soll nicht über Leasing erfolgen.

Herr Gießwein führt aus, dass für seine Fraktion bei der Beschaffung eines neuen Fahrzeugs auch Kriterien wie Kraftstoffverbrauch, CO² Emissionen etc. eine Rolle spielen, um die Nachhaltigkeit der Beschaffung zu gewährleisten.

Herr Schwunk verzichtet im Hauptausschuss auf eine Abstimmung über den Haushaltsantrag 2.

Zu weiteren Etatpositionen 2009:

Produkt 08.01.03 – Frei und Hallenbad-:

Herr Schwunk sieht Unterschiede zwischen der Darstellung im Haushaltsplan und dem Sonderprüfungsbericht des RPA zu den Schwelmer Bädern.

Herr Voß erläutert, dass der Etat 2008 (Aufstellung Herbst/Winter 2007) von einem im Vergleich zu Vorjahren unveränderten Betrieb beider Bäder ausging.

Der tatsächliche Ablauf 08 (wie im RPA – Bericht dargestellt) sei anders gewesen. Insofern können die Etatansätze 2009 nicht mit den Ansätzen für 2008 verglichen werden.

Herr Dr. Steinrücke ergänzt, dass in den Ansätzen im Etatentwurf 2009 noch keine Erstattung an den Trägerverein enthalten ist.

Produkt 15.01.02 – Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen-:

Herr Schwunk fragt nach, ob die Etatposition 15.01.02.465100 – Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und aus Beteiligungen – mit der Sparkasse abgestimmt sei.

Herr Voß führt dazu aus, dass über Ausschüttungen dem Grunde nach mit dem Vorstand gesprochen worden sei. Die Vorstellungen der Verwaltung hierzu seien dem Entwurf der Verwaltung zum HSK zu entnehmen. Im Übrigen sei es auch eine Angelegenheit, die im Verwaltungsrat beraten würde und der sei mit Ratsmitgliedern

besetzt. Dem Rat stünde es frei, seinen Vertretern/Vertreterinnen Vorgaben zu machen.

Herr Voß weist abschließend darauf hin, dass sich aus dem Beschluss zu Sitzungsvorlage 053/2009 (Konjunkturpaket II) Änderungen für den Haushaltsplan 2009 der Stadt Schwelm ergeben.

- 11 Antrag der Fraktion der FDP vom 11.03.2009 061/2009**
"Haushaltsantrag 2"

Beratung und Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt A 10

- 12 Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung, sowie 038/2009**
des Haushaltsplanes 2009 einschließlich
Änderungslisten

Beratung und Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt A 10

- 13 Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages 045/2009**
über das Schwelmebad mit dem Trägerverein
Schwelmebad e.V.

Beratung und Beschlussfassung unter Tagesordnungspunkt A 8

- 14 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt**
Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und
Sicherheit in Schwelm

- 14.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt 026/2009**
Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und
Sicherheit in Schwelm

- 14.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.01.09: Projekt 026/2009/1**
Nachbarschaftshilfe für mehr Sauberkeit und
Sicherheit in Schwelm

Sitzungsunterbrechung: 17:45 Uhr - 17:50 Uhr

Herr Dr. Steinrücke stellt fest, dass die notwendigen Informationen zur Förderfähigkeit des Projektes aus Mitteln der Koordinierungsstelle des Ennepe-Ruhr-Kreises noch nicht verfügbar sind und bis zur bevorstehenden Ratssitzung frühzeitig eingeholt werden.

Beratung und Beschlussfassung wird in den Rat vertagt.

Bereich V:

Den Stellungnahmen wird nicht gefolgt.

Die Flurstücke 621 bis 624 werden weiterhin als Grünfläche dargestellt.

Der südliche Teil der Gemeinbedarfsfläche wird entsprechend der Realnutzung als Grünfläche dargestellt, der westliche Teil entsprechend der Realnutzung als Waldfläche.

Bereich VI:

Den Stellungnahmen wird nicht gefolgt.

Die Flurstücke 119, 328, 329, 330 teilweise, 488, 489, 536, 537 werden weiterhin als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

Die Darstellung Flächen für die Landwirtschaft wird im Bereich der Flurstücke 127 und 308 nach Osten bis an die Bestandsbebauung heran erweitert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

18 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes - 005/2009 Abwägung der Stellungnahmen nach § 4 (1) BauGB - Behördenbeteiligung

Beschluss:

1. Der Stellungnahme des **Geologischen Dienstes** wird gefolgt.
In der Begründung zum FNP wird darauf hingewiesen, dass das Gewerbegebiet G1 Linderhausen Mitte im Bereich verkarstungsfähigen Gesteins liegt und bei der Entwicklung des Gebietes entsprechende Bodenuntersuchungen erforderlich sind.
2. Der Stellungnahme des **LWL Archäologie** wird nur in Teilen gefolgt.
Nach Beteiligung der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Schwelm hat sich ergeben, dass nicht alle vom LWL aufgeführten Bodendenkmäler in die Denkmalliste eingetragen wurden und somit auch keine Denkmäler i.S. des DSchG NRW sind. Nur folgende, in die Denkmalliste eingetragene Bodendenkmäler werden in einer Beikarte „Denkmäler“ zum FNP dargestellt:

<u>Aktenzeichen:</u>	<u>Kurzansprache:</u>
4709,10	Haus Martfeld
4709,14	Christuskirche
4709,16	Hohlweg Winterberg
4709,17	Hohlwege (Kölner Straße)
4709,19	Hohlwege (Kölner Straße)
4709,20	Hohlwege (Kölner Straße)
4709,21	Landwehr an der Grenze zu Ennepetal
3. Der Stellungnahme der **Immissionsschutzbehörde** des ENK wird gefolgt.
Die absehbaren Konflikte werden im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Ebenso findet der Abstandserlass Berücksichtigung in der Begründung zum FNP.

4. Der Stellungnahme des **EBA** wird nicht gefolgt.
Diese Stellungnahme bezieht sich insb. auf den Bahnhof Loh, der bereits in der 19. Änderung des FNP nicht mehr als Bahnfläche dargestellt wird. Die Umsetzung des Bebauungsplanes kann erst nach der noch ausstehenden Freistellung erfolgen.
In der Begründung zum FNP wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei der Überplanung von Betriebsanlagen einer Eisenbahn vorab eine Freistellung nach § 23 AEG erforderlich ist.
5. Der Stellungnahme der **Unteren Wasserbehörde** des ENK wird gefolgt.
Es wird in der Begründung zum FNP darauf hingewiesen, dass der Umgang mit Niederschlagswasser im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren zu regeln ist.
6. Der Stellungnahme der **Stadt Gevelsberg** wird nicht gefolgt.
Der Verlauf der neuen B 483 ist noch nicht bekannt. Bisher wurde nur ein Suchraum im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) definiert (Stand 15.02.2008, Anlage 9). In der Begründung zum FNP wird dieser Suchraum mit dem Hinweis aufgenommen, dass bei Vorhaben in diesem Bereich Straßen.NRW im Hinblick auf das laufende Planfeststellungsverfahren für die B 483n zu beteiligen ist.
7. Der Stellungnahme der **Firma PLEdoc** wird gefolgt.
Die Ferngasleitung 15/25/1 an der Stadtgrenze zu Wuppertal wird nicht mehr dargestellt.
8. Der Stellungnahme der **Wehrbereichsverwaltung West** wird nicht gefolgt.

Im neuen FNP werden keine Konzentrationszonen für Windenergieanlagen dargestellt.
9. Der Stellungnahme der **RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice** wird gefolgt.

Die bestehenden Hochspannungsfreileitungen und Umspannanlagen werden im neuen FNP dargestellt.
10. Der Stellungnahme der **Abteilung 6** der Bezirksregierung Arnsberg (BRA) Bergbau und Energie in NRW wird gefolgt.
In der Begründung zum FNP darauf hingewiesen, dass eine detaillierte Darstellung der bergbaulichen Verhältnisse im nachgeordneten Verfahren der Bebauungsplanung erfolgt.
11. Die Stellungnahme der **Stadt Wuppertal** wird nicht berücksichtigt, da dass Gewerbegebiet G 2 Linderhausen West nicht im neuen FNP dargestellt wird.
12. Der Stellungnahme des **Regionalforstamtes Ruhrgebiet** wird nur in Teilen gefolgt.
Die in der Forstbetriebskarte Schwelm dargestellten Waldflächen werden in den neuen FNP übernommen.
Der Anregung, die Flächen Nr. 1, 2, 4, 5 und 7 im neuen FNP als Waldflächen darzustellen wird nicht gefolgt.
Der Anregung, die Flächen Nr. 3 und 6 im neuen FNP als Waldflächen darzustellen wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- 19 Bebauungsplan Nr. 79 "Zamenhofweg" 008/2009**
Abwägung und Beschlussfassung aus der
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der Sitzungsvorlage 008/2009 dargestellt, abgewogen.

2. Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S.666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 79 „Zamenhofweg“ der Stadt Schwelm als Satzung und die zugehörige Begründung vom 20. Januar 2009 beschlossen.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 20.01.2009) Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke 387 (tlw.), 511 (tlw.), 545, 546, 547 und 596 (tlw.). Die genauen Grenzen setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).

Die zusammenfassende Erklärung gemäß §10 Abs. 4 BauGB ist den Planunterlagen zur Einsichtnahme gemäß § 10 Abs. 3 BauGB beizufügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

NB: Dr. Steinrücke

- 20 Bebauungsplan Nr. 84 "Kaiserstraße" 035/2009**
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 und § 13a
BauGB
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der
Öffentlichkeit § 3 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der
Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
gem. § 4 Abs. BauGB

Beschluss:

1. Gemäß § 2 (1) BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 84 „Kaiserstraße“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, vom Umweltbericht nach § 2a BauGB, der Angabe über umweltbezogene Informationen nach § 3 (2) S. 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 (4) BauGB wird abgesehen. § 4c BauGB (Monitoring) ist nicht anzuwenden.

Die genaue Abgrenzung der vorstehend beschriebenen Verkehrsflächen ergibt sich aus dem der Verwaltungsvorlage-Nr. 030/2009 als Anlage beigefügten Lageplan.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- 22 Erlass einer Satzung über die Ablösung von Stellplätzen einschließlich Aufhebung der Stellplatz- und Ablösesatzung vom 21.08.1998 (1. Nachtrag vom 21.12.2001) 180/2008**

Beschluss:

Die Satzung über die Ablösung von Stellplätzen wird entsprechend dem beigefügten Entwurf (Oktober 2008) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- 23 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe von Verkaufssonntagen 039/2009**

Beschluss:

Die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von Verkaufssonntagen“ wird beschlossen

Abstimmungsergebnis: einstimmig:
dafür 10
dagegen: 7
Enthaltungen:

- 24 Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung zwischen der Stadt Schwelm und dem Ennepe-Ruhr-Kreis - Einbringung - (Tischvorlage) 048/2009**

Nur Einbringung

25 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

keine

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 21 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 16.03.09

Schriftführerinnen
gez.

Der Bürgermeister
gez.

Heringhaus / Mollenkott

Dr. Steinrücke